

# Vosener Zeitung.

Siebenundsechzigster Jahrgang.

Nr. 902.

Donnerstag, 24. Dezember  
(Erscheint täglich drei Mal.)

1874.

### Amtliches.

**Berlin, 23. Dez.** Der Ober-Gerichts-Avvalt Graff zu Osnabrück ist zugleich zum Notar für den Bezirk des dortigen Obergerichts, mit Bestimmung seines Wohnsitzes in Osnabrück, der hies. Oberbürgermeister Hantelmann zu Emden zum Notar für den Bezirk des Obergerichts zu Hannover, mit Anweisung seines Wohnsitzes in der Stadt Hannover, ernannt worden.

### Telegraphische Nachrichten.

**Wien, 23. Dezember.** Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht in ihrem amtlichen Theil das Finanzgesetz für das Jahr 1875, nach welchem die Deckung des Defizits von 8,200,000 fl. durch den Verkauf von Renten erfolgen soll.

**Basel, 23. Dezember.** Die Diözesankonferenz des Bisthums Basel hat die Aufhebung des Domkapitels in Solothurn und die Liquidation des Bisthumsvermögens beschlossen.

**Paris, 23. Dezbr.** Nach einer bei der hiesigen peruanischen Gesandtschaft eingegangenen telegraphischen Meldung aus Lima vom 14. d. ist der Inurgentenführer Pierola am 7. d. von den Regierungstruppen vollständig geschlagen und nach Bolivia entflohen. Der Aufstand ist nunmehr vollkommen bewältigt und die Ordnung allenthalben wieder hergestellt.

**London, 22. Dezember.** In dem Befinden Disraeli's ist eine entschiedene Besserung eingetreten. Derselbe wird voraussichtlich an den Arbeiten der nächsten Legislatur-Session theilnehmen.

**Stockholm, 23. Dezember.** Der Marineminister, Freiherr von Leijonhufvud, hat heute seine Entlassung eingereicht. An seiner Stelle ist der Kapitän-Kommandeur Frederik v. Otter zum Marineminister ernannt worden. — In Folge des starken Schneefalls ist der Verkehr auf den Eisenbahnen allenthalben sehr gehemmt.

### Brief- und Zeitungsberichte.

**Δ Berlin, 23. Dezember.** Es bestätigt sich vollkommen, daß von einer Krisis im Staatsministerium neben der Krisis dem Reichstage gegenüber gar nicht die Rede gewesen ist. Das Verhalten der Justizbehörden in der Majunk'schen Sache ist allseitig (??) befanden worden und Differenzen haben darüber nicht stattgefunden. Was von der Demission des Justizministers gesagt wurde und theilweise noch gesagt wird, ist pure Erfindung. — Majunk ist jetzt nach Mühlensee gebracht worden, ein Beweis, daß die Regierung, entsprechend der alten Tradition, nicht gesonnen ist, in den Gang des gerichtlichen Verfahrens und in die Vollstreckung gerichtlicher Erkenntnisse einzugreifen. — Nach der „Prov.-Corr.“ wird der Landtag zum 14. Januar einberufen werden. Telegramme aus Berlin melden den 1. Februar. Die Abtender derselben scheinen nicht zu wissen, daß der Landtag nach der Verfassung spätestens am 15. Januar berufen werden muß. Auch von Vertagung nach der Berufung ist nicht die Rede, vielmehr allseitig die Absicht vorherrschend, die Reichstagsession so rasch als möglich und höchst wahrscheinlich spätestens bis zum 25. Januar zu Ende zu führen. — Der Antrag der Grundstücke Leipziger Platz 9 und 10 für das landwirtschaftliche Ministerium ist unter Vorbehalt der Zustimmung des Landtages gesichert worden. Der Kaufpreis beträgt nicht 600,000 Thlr., wie die D.R.C. behauptet, sondern 525,000 Thlr. Die Käuflichkeiten genügen vollständig für die Aufnahme des Ministeriums mit allen anhängenden Instituten, so daß ein Neubau überflüssig ist. — Auf dem internationalen Kongress der Land- und Forstwirthe, welcher im vorigen Jahre aus Veranlassung der Weltausstellung zu Wien abgehalten worden ist, wurden mehrere Resolutionen von allgemein internationaler Charakter beschlossen und dabei der Wunsch ausgesprochen, daß das Ackerbau-Ministerium Oesterreichs die in den Resolutionen ausgesprochenen Wünsche den übrigen Regierungen mittheile und eine allseitige Realisirung erstrebe. Es ist nun hier ein Bericht über die Thätigkeit dieses Ministeriums in der Zeit vom 1. Januar 1869 bis 30 Juni 1874 eingegangen, in welchem mitgeteilt wird, daß das genannte Ministerium durch Vermittelung des Ministeriums der künftigen Angelegenheiten den ausländischen Regierungen von den Beschlüssen des Kongresses Kenntnis gegeben, seinerseits im Prinzipie den Beitritt zu diesen ausgesprochen und um Eröffnung darüber ersucht hat: 1) welche Institutionen für die in Rede stehenden Angelegenheiten vortands bestehen oder etwa in Einführung begriffen sind, 2) ob und inwiefern die betreffende Regierung geneigt wäre, sich ebenfalls den Resolutionen des Kongresses anzuschließen. Die Antworten hierauf, sagt der Bericht, sind aber noch zu gewärtigen.

— Wir entnehmen der „Prov.-Corresp.“ folgende Auslassungen:

„Unser Kaiser hat in voriger Woche mehrfach Beratungen mit dem Reichskanzler Fürsten Bismarck in Betreff der Vorgänge im Reichstage gehabt und mit Bezug darauf am Freitag (18.) auch ein Ministerkoncil abgehalten. Der Kaiser hat über die Beilegung der eingetretenen Schwierigkeiten seine große Befriedigung unumwunden ausgesprochen. Auch die kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz hat an der Auszeichnung des Zwischenfalles lebhaften Antheil genommen.“

Der Reichstag hat in der letzten Woche neben der dritten Sitzung des Reichshaushalts-Etats noch den Etat der Landesverwaltung für Elsaß-Lothringen festgestellt und über den Antrag auf Bewilligung einer Anleihe dahin Beschluß gefaßt, daß statt derselben Schatzanweisungen ausgegeben werden. Nachdem inzwischen ein veränderter Entwurf des Bankgesetzes seitens des Bundesrathes vorgelegt worden ist, war zur Erledigung dieser so wichtigen Aufgabe die Fortsetzung zur Session im Januar zur Nothwendigkeit geworden und

sind daher die Sitzungen bis zum 7. Januar nur vertagt worden. Der Reichstag wird in der verlängerten Session voraussichtlich auch noch eine Vorlage in Betreff der Civilehe für das Deutsche Reich, sowie die beiden Gesetze wegen der Einnahmen und Ausgaben des Reichs und des Reichs-Rechnungshof's zur Berathung und Beschlußnahme bringen.

Daß der preussische Landtag zum 14. Januar berufen werden und unter den obwaltenden Umständen etwa noch 10 Tage mit dem Reichstage gleichzeitig tagen soll, haben wir bereits telegraphisch gemeldet.

— Die „Prov. Corr.“ kommt heut in einem längeren Artikel auf die Vorgänge des Reichstages in der Majunk'schen Angelegenheit zurück und faßt an dieselben die folgenden Bemerkungen:

„Der Reichskanzler Fürst Bismarck faßt an seinem Theile die parlamentarischen Vorgänge in Betreff des Majunk'schen Falles und namentlich die Zusammenlegung der Mehrheit, welche dem Antrag Hoyerbed den Sieg verschaffte, keineswegs als so harmlos und gleichgültig auf, wie es in Parlament und Presse im ersten Augenblick geschah; er blickt auf den Zusammenhang der politischen Aufgaben, welche er in Gemeinschaft mit dem Reichstage zu lösen hat und sah von diesem Gesichtspunkte mit Ueberraschung und Sorge auf die Thatfache, daß die Mehrheit des Reichstages, auf deren vertrauensvoller Mitwirkung die Kraft der Regierung beruht, in der Majunk'schen Angelegenheit dieses Vertrauen anscheinend verleugnet, wenigstens nicht bekräftigt hatte. Schon bei dem ersten Auftreten der Frage mußte es befremden, daß dieselben Männer, welche kurz zuvor das agitatorische Wüten der Ultramontanen in der schärfsten Weise geradonmarkt hatten, sich jetzt wo es sich um die Strafbast eines der schärfsten Agitatoren wegen Verleumdung des Kaisers, des Kanzlers u. s. w. handelte, sich über die Behandlung der Sache vom Standpunkte der Würde des Parlaments nicht vertraulich auch mit der Regierung, sondern lieber mit Windthorst und Gen. ins Vernehmen setzten. Es war mehr als befremdlich, daß in der ganzen fünfständigen zweiten Berathung der Angelegenheit wiederum nicht ein Wort von Seiten der regierungsfreundlichen Parteien fiel, aus welchem für weitere Kreise die Zurückweisung jenes Interesses für Majunk selbst klar ersichtlich wurde. Die Natur der Verbrechen, für welche die Strafe über denselben verhängt war, hätte eine solche Verwahrung so selbstverständlich erscheinen mochte, nahelegen müssen. Vielleicht hätte sich auch darüber ein Wort sagen lassen, ob es mit der Würde des Reichstages denn vereinbar ist, wenn ein Mitglied desselben sich der gerichtlichen Strafbast so lange zu entziehen bemüht ist, bis es sich durch die Privilegien des Reichstags geschützt wähnt. Wollends überraschend aber war es, wie gesagt, daß ein Theil der National-Liberalen sich zu einem Beschlusse herbeiliß, welcher in der erwähnten Weise einen Tadel gegen die Regierung aussprach, welcher die Wahrnehmungen und Erwägungen, welche dem Fürsten Bismarck von Neuem die schwere Sorge nahe legte, ob die Mehrheit des Reichstages in sich die Kraft und Entschiedenheit, und in wichtigsten Augenblicken die richtige Leitung besitze, um der Regierung des Kaisers die Stütze zu sein, deren sie zur Durchführung ihrer schweren Aufgabe in dieser Zeit bedarf. Der Reichskanzler hielt es nicht für möglich, seinerseits die Verantwortung für die Reichspolitik weiter zu tragen, wenn er nicht entschiedenere Bürgschaften für die Mitwirkung einer zuverlässigen Reichstags-Mehrheit erhielt, — und sah sich veranlaßt, die Frage wegen der weiteren Führung der Reichsregierung zur Erwägung und Entscheidung Sr. Maj. des Kaisers zu stellen. Kaiser Wilhelm wies, wie es nicht anders sein konnte, den Gedanken, die Leitung der Reichspolitik in andere Hände zu legen, weit von sich, während aber vollkommen die Erwägungen, welche den Fürsten Bismarck zu seinem Schritte bestimmt hatten. Während aber im Rathe des Kaisers die Mittel und Wege, um den Bedenken des Kanzlers Abhilfe zu schaffen, ernst erwogen wurden, erfolgte von Seiten des Reichstages bereits eine feierliche Kundgebung, welche jene Bedenken zunächst jurüdrückte ließ. Die Gelegenheit dazu wurde im Reichstage selbst ungeahnter Weise durch den Abgeordneten Windthorst geboten, welcher die letzte Berathung über den Etat des Auswärtigen Amtes zu einem neuen Angriff gegen den Fürsten Bismarck benutzte und die Verwertung des sogenannten Vertrauensfonds beantragte. Dies benutzte einer der angesehensten Führer der national-liberalen Partei, der Abgeordnete von Bennigsen, um in mächtig wirkender Rede den Reichstag gerade zu neuer Befestigung des unbedingten Vertrauens zu dem Reichskanzler aufzufordern. Diese bedeutungsvolle Kundgebung war in der That geeignet, die irrtümlichen Auslegungen, welche sich an den Beschluß in der Majunk'schen Sache knüpfen konnten, zu beseitigen, — und der Reichskanzler selbst hielt es nach diesem Vorgange nicht für angemessen, seinen Bedenken und Besorissen in Betreff der Parteiverhältnisse und Parteiführung im Reichstage zunächst weitere Folge zu geben. Die Wirkung der jüngsten Vorgänge wird unzweifelhaft mächtig genug sein, um innerhalb des Reichstages selbst das Bedürfnis eines festeren vertrauensvolleren Zusammenhaltens mit der Regierung entschiedener zur Geltung zu bringen.“

NLO Eine Delegation sämtlicher Gemeindefürsorge- und Gemeindevertretungen Berlins hat dieser Tage die Abschaffung der Stollgebühren für dringend geboten erklärt und, unter Berufung auf § 51 des Zivilgesetzbuches, die Erwartung ausgesprochen, daß der Staat für den so entscheidenden Ausfall, sei es in dem Einkommen der Geistlichen, sei es in demjenigen der Kirchenklassen, eine ausreichende Entschädigung gewähren werde. Nun lautet aber § 51 wie folgt:

„Ein besonderes Gesetz wird die Vorbedingungen, die Quelle und das Maß der Entschädigung derjenigen Geistlichen und Kirchendiener bestimmen, welche nachweislich in Folge des gegenwärtigen Gesetzes einen Ausfall in ihrem Einkommen erleiden. — Bis zum Erlaß dieses Gesetzes erhalten die zur Zeit der Emanation des vorliegenden Gesetzes im Amte befindlichen Geistlichen und Kirchendiener für den nachweislichen Ausfall an Gehältern eine von dem Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten und dem Finanzminister festzusetzende Entschädigung aus der Staatskassa.“

Es ist also klar, daß eine Verpflichtung des Staates lediglich zur Entschädigung für den als unmittelbare Folge des Zivilgesetzbuches eingetretenen nachweislichen Ausfall an Gehältern vorhanden ist; den Ausfall, welchen mittelbar durch vollständige Abschaffung der Stollgebühren entstehen würde, zu ersetzen, ist der Staat durch das Gesetz keineswegs gehalten, vielmehr wurde ein während der Verhandlungen über das Gesetz in dieser Richtung gestellter Antrag ausdrücklich abgelehnt. Auch die im Gesetz anerkannte Verpflichtung ist

aber, wie man sieht, nur eine interimistische. Daß im ersten Akt des § 51 in Aussicht genommene definitive Entschädigungsgesetz die Staatskassa in so bedeutendem Umfange in Anspruch nehmen wird, wie die Organe der Berliner Kirchengemeinden anzunehmen scheinen, steht doch sehr dahin. Ein betreffender Rechtsanspruch der Kirche ist bekanntlich bei Gelegenheit der parlamentarischen Verhandlungen sowohl seitens des Finanzministeriums, wie seitens einzelner Abgeordneter entschieden geleugnet worden. Außerdem ist in weiten Kreisen die Ansicht verbreitet, daß es im Interesse des kirchlichen Gemeindelebens überhaupt zweckmäßiger sei, jenen Ausfall durch Kirchensteuern, statt durch Heranziehung der Staatskassa zu ersetzen.

— Das Obertribunal hat, wie der „N.-A.“ mittheilt, in seiner Sitzung vom 12. November eine Entscheidung getroffen, die für die Beurtheilung der gesetzlichen Grenzen, innerhalb deren sich das politische Vereinswesen in Preußen bewegen darf, von wesentlicher Bedeutung ist. Im Anschluß an das preussische Vereinsgesetz vom 11. März 1850 hat nämlich das Obertribunal entschieden, 1) daß zur Bildung eines Vereins ein Uebereinkommen der ihm beitretenden Personen unter einander nicht unbedingt notwendig ist; vielmehr kann der Eintritt der verschiedenen Mitglieder in eine für einen gewissen Zweck gegründete Vereinigung und damit die Bildung eines Vereins unter ihnen lediglich durch dritte Personen vermittelt werden, ohne daß die eingetretenen Mitglieder dabei zunächst in irgend welche äußerliche Berührung mit einander treten; 2) daß zur Bestimmung der Existenz eines innerlich eines Hauptvereins gebildeten engeren politischen Vereins eine besondere statutemäßige Organisation nicht notwendig sei; vielmehr ist es hierbei der thatsächlichen Feststellung der Richter überlassen, ob die Statuten des Hauptvereins ausreichen, dem Erfordernisse des § 2 des Vereinsgesetzes, daß jeder politische Verein Statuten habe, auch für den engeren Verein Genüge zu leisten; 3) daß zu den Merkmalen eines engeren Vereins im Sinne des Vereinsgesetzes die Verfolgung besonderer Zwecke im Gegentathe zu dem allgemeinen Zwecke des Hauptvereins nicht notwendig gehören.

Der Kaplan W. zu Neustadt wurde vom Raimyer Katholiken-Verein, welcher in seinen Statuten die Bildung engerer Vereinigungen der an einem bestimmten Orte wohnenden Mitglieder unter einer besonderen Leitung im Auge faßt, zum Geschäftsführer des Hauptvereins für die Gemeinde Neustadt ernannt, um mit den dem Hauptverein beitretenen Personen eine besondere Vereinigung zu bilden. In dieser Ernennung des Kaplans W. und in seiner Annahme dieser Stellung erblickte der Staatsanwalt eine Verletzung des § 8 des Vereinsgesetzes, nach welchem politische Vereine mit anderen Vereinen gleicher Art zu gemeinsamen Zwecken nicht in Verbindung treten dürfen und leitete deshalb die Untersuchung gegen W. ein. Sowohl in erster als in zweiter Instanz wurde der Angeklagte verurtheilt, indem der Appellations-Richter es nicht für wesentlich erachtete, ob die beitretenden Personen sich einer Vereinigung anzuschließen beabsichtigen, welche schon geschaffen ist oder noch geschaffen wird, und das Zustandekommen des Vereins in dem Momente der Ernennung des Angeklagten zum Geschäftsführer für die Gemeinde Neustadt und der Annahme dieser Stellung erblickte. In der gegen dieses Erkenntnis eingelegten Nichtigkeitsbeschwerde machte der Angeklagte im Wesentlichen geltend, daß überhaupt ein derartiger engerer Verein nicht gebildet worden, da es zum Zustandekommen eines Vereins eines Uebereinkommens der ihm beitretenden Personen unter einander bedürfe, auch seien für diesen fraglichen engeren Verein gar keine Statuten festgesetzt worden. Das Obertribunal wies jedoch die Nichtigkeitsbeschwerde zurück, indem es in seinem Erkenntnisse die oben erwähnten Sätze aussprach.

— Die ultramontane Partei hat so eben, wie wir der „Germ.“ entnehmen, einen hervorragenden Verlust in der Person des Reichsgrafen Franz von Hoensbroech erlitten. Derselbe, Wirkl. Geh. Rath und Kammerherr a. D., Erbmarschall des Herzogthums Geldern, Präsident der rheinisch-westfälischen Maltesergenossenschaft, stand gleich seinem Schwager, dem Freiherrn Felix von Pos, an der Spitze der ultramontanen Agitation. Unter seinem Präsidium hat im vorigen Jahre die rheinische Maltesergenossenschaft den berühmten Beschluß gefaßt, sich an der Feier des Sedantages, der so beklagenswerthe Folgen für die Kirche gehabt habe, nicht zu betheiligen. Auch dürfte es noch in Erinnerung sein, wie Graf Hoensbroech seine holländischen Güter den vertriebenen Jesuiten gäulich zur Verfügung stellte — zur geistlichen Wirksamkeit dicht an der Reichsgrenze.

— Mehrere national-liberale und fortschrittliche Abgeordnete haben, dem „B.-C.“ zufolge, von angesehenen Bewohnern des Elsaß, Notablen und Mitgliedern der Bezirkstage Schreiben erhalten, in welchen sie ihre Mißbilligung über das Verhalten der kirchlichen klerikalen klerikalen Abgeordneten ausdrücken und gleichzeitig denjenigen Abgeordneten, welche sich mit vielem Fleiße den Beratungen des eifässischen Landeshaushalts-Etats in der Kommission unterzogen haben, ihren besonderen Dank votiren. Die Briefschreiber fügen hinzu, daß die besonnene Bevölkerung der Reichslande das Auftreten ihrer Deputirten im Reichstage desavouirt, und sprechen die Hoffnung aus, bei den nächsten Reichstagswahlen die Protektoren und Klerikalen durch gemäßigtere Elemente ersetzen zu können.

— In Folge des Bundesrathsbeschlusses vom 1. December 1873 hat die Bestimmung einer besonderen deutchen Kommission für die internationale Ausstellung, welche im Jahre 1876 zwischen dem 19. April und 19. October zu Philadelphia veranstaltet werden soll, stattgefunden. Die Kommission hat ihren Sitz in Berlin und ist bei der Zusammenlegung derselben auf die Vertretung der bei der Ausstellung hauptsächlich betheiligten Staaten Rücksicht genommen worden. Die von dem Reichskanzler bestellten Mitglieder der Kommission sind: 1) der kgl. preussische Geh. Ober-Regierungs-Rath Dr. Jacobi, Direktor der Abteilung für Handel und Gewerbe im Handelsministerium; 2) für Preußen: Geh. Ober-Regierungs-Rath Dr. Stübe, Vortragender Rath im Handelsministerium und 3) der Berg Rath Dr. Wedding; 4) für Baiern: Legationsrath Reichthor; 5) Sachsen: der sächsische Gesandte Herr v. Nothz Wallwitz; 6) Württemberg: der Gesandte Staatsrath Frhr. v. Epikemberg; 7)



die Hessen: Ministerialrath Dr. Reichardt; 8) für Braunschweig: der preussische Kommerzienrath Kaufmann; 9) Bremen und Hamburg: Ministerialrath Dr. Köhler; 10) der preuss. Obertribunalrath von Döllken, dessen Berufung mit Rücksicht darauf erfolgt, daß derselbe mit den Interessen der freiwilligen Krankenkasse vertraut ist.

In der Nacht vom 18. zum 19. Dezember starb in Efferfeld Friedrich Cömann, seit dem 3. Jhre 1849 Mitredakteur der „Erfelder Zeitung“. Friedrich Cömann emfahete neben seiner redaktionellen auch eine ausgedehnte Thätigkeit als Übersetzer belletristischer Erzeugnisse der englischen und französischen Literatur. So war er ein beliebter Mitarbeiter an zahlreichen Tagesblättern. Der Verstorbene hatte das hohe Alter von 79 Jahren erreicht.

**Thorn, 21. Dezbr.** Vor einiger Zeit starb die Pfarrwirthin im Dorfe R. plötzlich und die gerichtliche Leichenschau ergab dem Vernehmen nach, daß der Tod durch Mißhandlungen herbeigeführt worden war. Am Freitag ist nun, wie die „Th. Ost. Z.“ hört, die Verhaftung des Pfarrers T. in R. erfolgt. Allem Anscheine nach steht diese Maßregel mit der wegen jenes Vorfalles eingeleiteten Untersuchung in Verbindung.

**Breslau, 22. Dez.** Der gegenwärtig zu Gleiwitz wohnende altkatholische Geistliche Domherr v. Richtig hofen veröffentlicht durch die „Schl. Bez.“ folgende Erklärung:

„Da ich höre, es werde das Gerücht kolportirt, ich sei von der königl. Regierung als Reichsprediger nach Oberlesien geschickt worden und erbitte dafür „im Geheimen“ eine Staatsunterstützung, so sehe ich mich veranlaßt, zu erklären, daß ich weder Reichsprediger bin, noch von der königl. Regierung irgend einen Auftrag erhalten habe, noch von derselben eine Unterstützung für die freiwillig übernommene Thätigkeit beziehe. Lediglich der Wunsch, einer Gemeinde seelsorgerische Dienste leisten zu können, hat mich für kurze Zeit hierher geführt und mich veranlaßt, von hier aus einigen Einladungen zu gleichen Zwecke Folge zu leisten. Gleiwitz, den 21. Dezember 1874 v. Richtig hofen, Domherr.“

**Münster, 20. Dezbr.** Gegen den „Westfälischen Merkur“ ist in diesen Tagen eine Anklage verhandelt, welche auf Beledigung des Fürsten v. Bismarck und des Berliner Stadtgerichtes lautet. Der Staatsanwalt stellte den Antrag, den Redakteur Dr. Winkler mit einem Jahr Gefängniß zu bestrafen. Das Gericht verurtheilte den Dr. Alfred Winkler wegen dreier inkriminirter Artikel des „Westf. Merkur“, in deren einem der Reichskanzler Fürst Bismarck durch die Behauptung beleidigt wird, er reise zum Kriege gegen Frankreich und habe der italienischen Regierung Geld dazu angeboten, und in deren zwei anderen das Berliner Stadtgericht in Bezug auf die Verhaftung des Grafen Armin verurtheilt wird, zu 8 Monaten Gefängniß. In einem andern dem Reichskanzler aufgegeben, innerhalb 4 Wochen im „Westf. Merkur“ das richterliche Erkenntniß abzurufen zu lassen. Winkler wurde früher bereits zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt.

**Münster, 22. Dezember.** Betreffs der gegen den Bischof von Münster verhängten Gehaltsperze schreibt dessen Organ, der „Westf. Merkur“ des Näheren:

Die gegen unseren hochwürdigsten Herrn Bischof festgesetzten Strafen betragen sich schon wieder über 1000 Thaler. Außer den in dritter Instanz erkannten 240 Thalern wegen angedeuteter Anfechtung eines Gehalts in Rom wurden dem Bischoflichen Gnaden aufgegeben, die Pfarre Eggenode zu besetzen unter Androhung einer Strafe von 200 Thalern, desgleichen die Pfarren Calcar, Xanten, Bimmen, Menden, Waldorf, Donsbrüggen, jedesmal bei Vermeidung einer Strafe von 100 Thalern — macht in Summe 1040 Thlr. Mit Ausnahme von Calcar und Xanten sind die genannten Pfarren sämtlich schon über Jahresfrist kirchlich besetzt. — Die Mittheilung von der Gehaltsperze des bischöflichen Gnaden bedarf insofern der Ergänzung, als nach dem am 19. d. eingetragenen Mittheilung des Oberpräsidiums von Koblenz durch Verfügung des Ministers nicht etwa bloß das nächste Quartal, sondern das ganze Gehalt einbehalten wird, und demnach die Gehaltsperze für das nächste Quartal ebenfalls einbehalten wird.

**München, 20. Dezember.** Der „Deutsche Merkur“, das Organ der Altkatholiken, knüpft an die junge politische Bewegung im bayerischen Gebirge, die sich vorerst durch zahlreich besuchte Wanderversammlungen in Rosenheim, Miesbach u. s. w. äußert, große Hoffnungen für die Ausbreitung der altkatholischen Sache. So schreibt er in dieser Hinsicht:

Ueber diesen Strich Landes streift zwar schon lange ein Wind, welcher noch vor einem Jahrzehnt von Zeit zu Zeit riefen und seinen Harbuh in gar sonderbaren Tönen anspielte; allein damit es zum offenen Bruch kam, bedurfte es der fortgesetzten Hegelei und Unübersichtlichkeit des römischen Klerus. Der gegenwärtige kirchenpolitische Kampf, in welchem die römisch-katholischen Geistlichen sich zu lauter politischen Agitationen herabwürzen, hat endlich die Gewissensfeier seiner ganzen Natur nach politisch wie religiös konservativ angelegten Volkselement. Man geht aber auch — nicht von oben herab, von

dem Staats- und Gemeindefunktionen, d. h. von den bisherigen Vertretern der liberalen Ideen angetrieben und in Scene gesetzt, sondern von diesem Naturvolk selbst in die Hand genommen — eine Opposition gegen die ultramontane Wälder durch diese Bergkletterer, welche in alternativer Zeit die Arbeit der sogenannten „katholischen“ Casinomanier vöthig macht legen dürfte. Der Verein dieser Männer, der trotz dem kurzen Bestand schon über tausend Mitglieder zählt, ist auf politischem Boden von einer bairisch-patriotischen und national-deutschen Gesinnung befeuert, auf religiösem Boden aber geht er Bahnen, welche mit denen der katholischen Reformbewegung durchaus harmoniren. Aufklärung über den religiösen wie den kirchenpolitischen Konflikt hat sich der Verein zur besonderen Aufgabe gestellt. Schon bei seiner zweiten Wanderversammlung zu Miesbach (am 13. Dezember) stand der Kirchenstreit auf der Tagesordnung und soll derselbe auch ein ständiger Gegenstand aller künftigen Vereins-Versammlungen sein. Wie die Dinge stehen, wird dieser Verein sicher in kürzester Zeit einen großen Einfluß auf die Bewohner des Oberlandes gewinnen.“

**Kissingen, 19. Dezember.** Man wird sich noch erinnern, daß unmittelbar nach dem Kassmann'schen Attentat von verschiedenen Seiten Anträge an den Stadtmagistrat von Kissingen einliefen, sich für ein Bismarck-Monument zur Erinnerung an die glückliche Rettung des Fürsten zu verwenden. Es hat sich jedoch der hiesige Magistrat entschlossen, aus eigenen Mitteln eine Gedenktafel am Brunnenhause anbringen zu lassen; dieselbe wurde auch bereits aufgeführt. Die Geber der Beiträge bestimmten auf Antrage des Stadtmagistrats dieselben zur Begründung einer Bismarck-Stiftung mit dem Zwecke, alljährlich am 13. Juli an arme und würdige Schüler der seit einigen Jahren errichteten Gewerbeschule (Realschule) in Kissingen Stipendien zu vertheilen und soviel es die Mittel erlauben, ein allgemeines Schularbeitsfest zu veranstalten. Der Magistrat wandte sich nun an das k. bairische Staatsministerium, um die Bewilligung zur Entgegennahme von Geldbeiträgen zur Errichtung der bezeichneten Stiftung zu erbitten und insofern die Mittel erlauben, ein allgemeines Schularbeitsfest zu veranstalten. Der Magistrat wandte sich nun an das k. bairische Staatsministerium, um die Bewilligung zur Entgegennahme von Geldbeiträgen zur Errichtung der bezeichneten Stiftung zu erbitten und insofern die Mittel erlauben, ein allgemeines Schularbeitsfest zu veranstalten. Der Magistrat wandte sich nun an das k. bairische Staatsministerium, um die Bewilligung zur Entgegennahme von Geldbeiträgen zur Errichtung der bezeichneten Stiftung zu erbitten und insofern die Mittel erlauben, ein allgemeines Schularbeitsfest zu veranstalten.

**Brüssel, 21. Dezember.** Auch hier bekämpfen sich Liberale und Konserwativen herkömmlicher Weise mit den gewohnten kleinen Mitteln. Der Abstand erweitert sich, ohne daß sich der Gegensatz vertieft. Zwar giebt es Ultramontane vom reinsten Wasser, welche den Schismus als das eigentliche Grundgesetz aller Staaten ansehen, alle konstitutionellen Freiheiten als verderbliche und wahnfinnige Irthümer verdammen und dem Papste unbedingten Gehorsam, blinde Folgsamkeit geloben in allen Handlungen ihres Privat- wie ihres öffentlichen Lebens. Aber in der politischen und administrativen Praxis hüten sich die Konserwativen, einen Artikel der Konstitution oder einen Paragraphen der bestehenden Gesetze offen zu verletzen, bringen vielmehr auch die Gesetze zur Ausführung, gegen welche sie, als sie Opposition waren, aufs heftigste protestirt haben, als absolut unverträglich mit ihrem Gewissen, mit den Rechten Gottes und der Kirche. — Zwar erklären und erkennen die entschiedenen Liberalen, daß mit den ultramontanen Grundgesetzen und Ansprüchen kein Staat, und am wenigsten ein auf die Volkssouveränität gegründeter Staat bestehen kann. Aber sie verwarren sich dagegen, daß sie irgend eine der sogenannten Freiheiten beschränken wollen; welche der Ultramontanismus gebraucht und benutzt, um seine Grundsätze mehr und mehr in's Volk und so, vermittelst des konstitutionellen Mechanismus, zur Herrschaft im Staate zu bringen. Dem Einfluß der Geistlichen auf die Erziehung der heranwachsenden Generation einzuschneiden, ist nicht an dem er nicht diesen Einfluß im Namen einer Religion, der sogenannten Unterrichts-freiheit. Die Einmischung der Geistlichen in die Politik, die Territorialisirung des Gewissens der Wähler durch kirchliche Mittel verhindern? Unmöglich, denn die Geistlichen haben ihre konstitutionellen Rechte als Bürger, und die Kirche hat eine unbegrenzte Gewalt über die Gewissen. Auf den Geist des Klerus einwirken durch Anforderungen und Normen für die Vorbildung der Geistlichen, durch ein Einspruchsrecht bei ihrer Anstellung oder Veretzung, durch eine Kontrolle ihrer amtlichen Wirksamkeit? Undenkbar! Die Kirche ist unabhängig vom Staate, und wenn dieser die Unterhaltungskosten für dieselbe aufbringt und den Geistlichen ihre Gehälter bezahlt hat, so geht das Uebrige ihn nichts an. Bei diesem Respekt vor der Unabhängigkeit der Kirche und vor allen „Freiheiten“, welche die Ultramontanen zwar verdammen, aber unerschrocken benutzen, bleibt dem Liberalismus nichts

übrig, als seine Anhänger, um sie der politischen Leitung des Klerus zu entziehen, von der Kirche überhaupt abwendig zu machen, und da er sich grundsätzlich in religiöse und kirchliche Angelegenheiten nicht einmischen kann, die Irreligiosität zu fördern, das Volk jedes religiösen Bedürfnisses zu entbehren. Die ansehnlichen Fortschritte, die Belgien in dieser Richtung gemacht hat, scheinen indess den Klerus weniger zu erschrecken, als der geringste Versuch, in n e r h a l b des kirchlichen und religiösen Lebens dem Ultramontanismus und Jesuitismus einen Damm zu setzen. — In den Kammern ist es bisher zu bedeutendern prinzipiellen Debatten nicht gekommen. Die Budgets sind diskutirt worden, die Finanzverwaltung des Herrn Malen hat scharfe Angriffe erfahren, die Militärfrage hat einigen Staub aufgewirbelt. Die Frage wird indessen für jede Regierung und für jede Partei eine Schwereigkeit sein; die Reform, welche die politische Nothwendigkeit fordert, welche die militärischen Fachmänner als unabwendbar hinstellen, ist eben unpopulär. Jede Partei und jede Regierung wird sich dagegen verwahren, das preussische System einführen zu wollen oder preussische Forderungen nachgeben zu müssen. Man muß dem jetzigen Stellvertretungssystem Zeit lassen, sich selbst mißliebig und verhaßt zu machen, besonders bei den kleineren Wählern, denen es immer schwerer wird, für ihre Söhne Stellvertreter zu finden oder zu bejahren.

**Aus Zürich vom 20. Dezember** schreibt man: Die letzte Session des Großen Rathes zeichnete sich sehr aus durch das Wiedererwachen der liberalen Aktion, die sich in ihr kund gab. Keine einzige Prinzipienfrage blieb unberührt und auch nicht eine ging vorüber, ohne daß sie im entschiedenen liberalen Sinne gelöst wurde, so sehr, daß die Ultramontanen ganz beflügel wurden und kein Mittel mehr zu finden wußten, um der unabweislichen fortschrittlichen Stimmung einen Damm entgegen zu stellen. Fast nach der Tag des Wahlkampfes und schon rüsten sich die Ultramontanen und träumen von unbesiegt neuen Siegen. Die Liberalen ihrerseits sind auch nicht untätig. Man kann heute schon auf den sichern Erfolg einer liberalen Mehrheit zählen, einer bedeutendern vielleicht an Zahl und Qualität als die gegenwärtige. Gegen die Liberalen ist nur jener Theil des Volkes, welcher im Dienste der Priester und der Doktrinen Rom steht, der unwissend oder besessen, oder beides zugleich ist. Am 3. März wird die Regierung kraft verfassungsmäßiger Bestimmungen, ihren Sitz für 6 Jahre nach Locarno verlegen. Locarno bereitet sich darauf vor, die vollziehende Behörde des Kantons würdig und gastfreundlich zu empfangen.

**Paris, 21. Dezember.** „La Presse“ veröffentlicht heute einen in offiziellem Tone gehaltenen Rückblick auf die Politik, welche die französische Regierung Deutschland gegenüber seit dem Kriege beobachtet hat. Das Herrn des „Nerve von Decazes“ erkennt Herrn Thiers gegenüber, nachdem sie einige Vorbehalte in Betreff seiner Verdienste um die Befreiung des Territoriums gemacht hat, an, daß er sich zu Deutschland in einer Weise gestellt habe, welche es der konservativen Partei, als sie aus Nieder gelangte, möglich machte, seine Erbschaft ohne Protest anzutreten und in gleichem Sinne weiter zu führen. „La Presse“ behauptet dann, die Regierung des Marschalls Mac Mahon habe beständig, eben so wie die des Herrn Thiers, feindliche Absichten verfolgt und gesagt, daß sie heute wie früher ihre vertragsmäßig übernommenen Verpflichtungen vollständig zu erfüllen gedente. Was die Vergangenheit angeht, so weiß man, daß die Kreise, welche durch die „Presse“ vertreten werden, zuweilen in den Verdacht der Agitation gegen Deutschland gekommen sind; wir wollen indessen die Vergangenheit auf sich beruhen lassen, und begnügen uns gern damit, die feierlichen und vertragstreuen Absichten von Konstatoren, welche die „Presse“ für die Gegenwart und Zukunft ausspricht. — In Regierungskreisen scheint man auf die Durchführung der Konstitutionellen Vorlagen zu verzichten. Man hofft vom linken Zentrum ein neues Wahlgesetz zu erlangen und würde dann ohne Verzögerung weiter regieren; dabei ist von Erneuerung der National-Versammlung nach fünf Jahren die Rede, eine Maßregel, deren Zustandekommen ind noch immer sehr bezweifel. Pro forma wollen die Septennarlisten offenbar alle Mittel erschöpfen und die National-Versammlung selbst zeigen lassen, wie absolut unfähig sie ist, etwas zu schaffen. Wenn a. B. der Moniteur vor einigen Tagen eine großartige Petition an die National-Versammlung vorschlug, um sie zur Einmüthigkeit und

### 3 Drei neue Broschüren.

Das Verlagsmagazin in Zürich übersendet in Sachen des Kirchenstreites drei Heften:

1. Der Kampf der Reichsregierung mit der Priesterschaft und der Weg zum Siege.
2. Ein Opfer geistlicher Korruption.
3. Die Weltumwälzung in Bayern.

Dieselben sind wahrscheinlich alle drei von demselben Verfasser, dem Opfer der geistlichen Korruption (Nr. 2), der als früherer Lehrer in Malheim a. Rh. in schändlicher Weise aus seinem Amte und sogar aus seinem Vaterlande vertrieben wurde. Wer Freunde an Standespersonen werden und nicht eben den Anspuch erhebt, so der Volkswohlfahrt lieber in der feineren Belletristik eines Decaccio oder des Godefrid Bos zu leben, oder aber, wer noch gemüthlich und unerschrocken ist, um die Höhe des Verderbisses an Stellen verkennen zu können, die nach Augen hin eine autoritative Berechnung in Anspruch nehmen, der greife zu den genannten Heften; jedenfalls wird sein Wissen vor Institutionen, die mehr und mehr zum Fluche von Familie, Gemeinde und Staat geworden sind, und die von ehemaligen idealen Ursprüngen auch nicht einen einzigen mehr beibehalten haben, recht ansehnlich wachsen, und somit die Absicht des Verfassers erfüllt werden. Die praktischen Vorschläge desselben sind meist sehr drastisch. Er verlangt in Nr. 1:

1. In keinem katholischen Pfarrhause oder sonst iger (!) Priesterwohnung darf fernere ein Weibsbild geübt werden. Jedes dort erscheinende Frauenzimmer wird auf ein Jahr ins nächste Arbeitshaus eingeworfen.

2. Da der katholische Geistliche bei seiner Weihe sich durch einen religiösen Eid zur Keuschheit verpflichtet hat, so verfällt jede Unkeuschheit eines solchen der Strafe des Meinesdes. Der Versuch ist strafbar. Der Versuch gilt als vollendet, wenn ein Priester ein Frauenzimmer in seiner Wohnung hält, oder an anderen Orten unter verdächtigen Umständen mit einer weiblichen Person allein angetroffen wird.

3. Beschäftigte dürfen in keiner Kirche, in der Sakristei oder sonst verdeckt hinter einem Altare, sondern nur an solchen Orten angetroffen werden, wo sie von allen in der Kirche Anwesenden gesehen werden können.

4. Für die strenge Beobachtung ist der Bürgermeister und die Polizei jeder Gemeinde haftbar. Lebt in der Wohnung eines Priesters über Gemeindegeld ein Frauenzimmer oder macht jeder sich einer Unkeuschheit schuldig, ohne daß sie sofort dem Staatsanwalt Anzeige gemacht, so werden sie als Begünstiger mit bestraft.

Nr. 2 spielt, wie schon erwähnt, an Niederrhein und Nr. 3 steht dem Minister Luz einigermassen die Leuten. Wir müssen eingestehen, daß die Kirchenverhältnisse Bayerns recht oft die heftigste Kritik heraus-

fordern, aber wir in Preußen haben nicht eben Veranlassung, allzu hochfärbig zu sein. Dasselbe ist das Nament der Münchener Welt auch bei uns bis auf die jüngsten Tage.

Schließlich mag noch mitgeteilt werden, daß unser Bekannter Vater Prutz vom Diözesanrichter zu Tübingen am 10. September 1874 erlommen ist, und daß mehrere Tübinger Bürger dagegen heftigen Widerpruch erhoben. Veranlassung hat die in d. Bl. besprochene „Nationale Kirche“ gegeben.

**\* Zu Ehren Schiller's.** Ultramontane Blätter Bayerns wämen kürzlich mit ganz anderer Miene die alten Märchen von dem Uebertritte Schiller's zur katholischen Kirche an; auch der angeblich unüberwindlichen Verantwortsamkeit des Dichters wurde wiederholt hämisch gedacht. Man haben kompetente Personen an die Kassauer Donau-Beitrag, die zuerst mit der Verunglimpfung Schiller's begannen, energische Verurtheilungen, um die Ehre der Stadt Weimar wie das Andenken Schiller's zu wahren, geleistet. Dieselben besäßen, was wir selbst in dieser Sache früher mittheilt haben. In einer Resolution des Gemeindevorstandes von Weimar wird noch erklärt:

1. Schiller ist niemals von katholischen Kirche ir-ergereitet, wie der Titel desselben, Baron v. Schiller, in Weimar, bezeugt, und niemals aus der evangelischen Kirche, welcher er durch Taufe, Confirmation und sein Leben angehört hat, ausgetreten.

2. Schiller ist auch nicht von acht besäßenen Schneidergesellen christlich in Grabe getragen worden. Vielmehr wurde Schiller's Leiche auf Anregung des nachmaligen Bürgermeisters Karl Schwabe von 21 Verehrern Schiller's nach dem Begräbnisplatze überbracht. Die Erzählung von den acht Schneidergesellen, welche Schiller's Leiche in Grabe getragen haben sollen, rührt wahrheitlich daher, daß in Weimar nach einer Jahrhundertfeier alten Sitte die Ränke abwechselnd das Zugrabtragen gegen die in dem alten Begräbnis- und Trauermandat vom 1. Juni 1763 festgesetzte Entscheidung befohlen, und daß in der Woche von Schiller's Tod die Schneiderjungen an der Reihe gewesen sein würde.

3. Das nationale Begräbnis, wie es in der Darstellung der Donau Britann als ein besonders a-stiftliches und nicht ehrenvolles bezeichnet worden ist, beruht auf weimar'scher Sitte, und war die Berechtigung dazu nach den §§ 5 und 6 der weimar'schen Begräbnisordnung vom 1. Juni 1763 sogar ein besonderes Vorrecht gewisser Personen, nämlich der Minister, wirklichen Räte und Cavaliers, ingleichen der von Adel in Städten und auf dem Lande.

4. Schiller's Leiche hat nicht in einer „Katholischen“ Grube, sondern der Sarg derselben ist in dem so genannten Landschäferkloster in Weimar beigesetzt worden, welches Eigenthum der Landschäferkloster war und in welchem fast alle Weiden vornehmer Personen beigesetzt wurden, welche keine eigenen Erbschaften besäßen und deren Ancestrige sie nicht auf dem allgemeinen Todtenacker begraben lassen wollten.

**\* Beethoven's Abstammung.** Ein belgischer Musikliebhaber hat interessante Notizen über die Familie Beethoven's veröffentlicht, die wir nachstehend abdrucken, selbstverständlich nicht ohne dem Autor ausdrücklich die volle Verantwortlichkeit für dieselben zu überlassen. Der Belier läßt sich folgendermaßen vernehmen: Nach aufgefundenen Dokumenten war dieselbe flamändischer, nicht, wie man bisher angenommen hatte, köndischer Ursprungs und wohnte im siebzehnten Jahrhundert in Beesde bei Löwen. Um 1650 bewohnte eines ihrer Mitglieder Antwerpen; es war Heinrich van Beethoven, ein Musiker und Urahnvater des großen Komponisten. Sein Sohn Ludwias verließ in Folge von Familienzwistigkeiten Antwerpen und trat 1760 als Tenor in die Kapelle des Kurfürsten von Köln, Johann, der Sohn Ludwias, war gleichfalls Sänger in derselben Kapelle. Das letzte antwerpener Mitglied war die Mutter des gegenwärtig noch lebenden Maximilianer Jacob Jacobs. Sie war eine geborne Marie Theresen van Beethoven und starb in Antwerpen am 23. Januar 1824. Jedenfalls hat die Forschung das Verdienst, anregend auf weitere Ermittlungen bezüglich der Familie „Beethoven“, über die bis jetzt außerordentlich wenig Bestimmtes bekannt ist, einzuwirken.

**\* Eine Dame im Briefkasten gefangen.** Vor Kurzem hat sich, berichtet die „Ger. Sta.“, in Gera ein Fall ereignet, welcher wohl in seiner Art neu sein dürfte. Als der Stadtpostbote Abends gegen 5 Uhr den Briefkasten am Hause des Herrn Huth in der Hauptstraße leeren wollte, fand er an demselben eine junge Dame lebend vor, welche ihn um Befreiung aus ihrer Gefangenschaft anflehte. Derselbe hatte nämlich einen Brief etwas tief in den Briefkasten eingeschoben wollen, sich dabei mit den Fingern zu sehr in die Öffnung verwickelt und war durch einen am Finger stehenden Ring am Herausziehen der Finger verhindert worden. Die Dame konnte nur dadurch aus ihrer Gefangenschaft erlöst werden, daß der Stadtpostbote die Thüre des Briefkastens öffnete und den kindernden Ring mit Mühe von innen von dem inzwischen geschwollenen Finger abstreifte. Wo Vorsicht!

**\* Falsch bis in die Haarpitzen.** Im tschechischen Theater in Prag erhielt jüngst bei der Aufführung des Shakespeare'schen „Othello“ die große Scene zwischen dem Helden und Jago durch ein denkwürdiges Ereigniß einen funktelnagelneuen Effekt. Als nämlich der eifersüchtige Mohr den Verlover bei den Haaren faßte (!) um denselben nach Herzenslust zu schütteln, scharfe der Geinigtigte im vollen Tone des Affektes: „Nestornejste mi parruku!“ (Reißen Sie mir nur nicht die Perücke herunter!) Das Publikum war sichtlich erfreut über den geistvoll charakterisirenden Zusatz, der mitten in dem Spiele der raffinierten Schmeichelei die Falschheit des Jago'schen Charakters um so greller hervortreten ließ.



Zeit zu ermahnen, so darf man doch wohl kaum glauben, daß er an die Wirksamkeit eines solchen Mittels geglaubt haben sollte; alles das trägt dazu bei, die Dummheit der National-Versammlung immer fähbarer zu machen, und der Enderfolg könnte höchstens der sein, die Regierung zu reorganisieren, wenn sie ohne oder gegen die Kammer weiter regiert. Und man muß gesehen, daß die Kammer selbst sich in der letzten Zeit es hat angelegen sein lassen, ihren Theil zu dieser Reorganisation beizutragen.

**Aus Newyork** bringen nunmehr die dort erscheinenden Zeitungen den Wortlaut der Botschaft des Präsidenten Grant an den amerikanischen Kongreß. Wir müssen deshalb nochmals auf diese Ansprache zurückkommen, weil der Passus derselben, welcher von Cuba resp. von Spanien handelt und in Madrid so überliefert worden ist, in Wirklichkeit doch milder lautet, als in der damals von uns veröffentlichten telegraphischen Analyse. Ein unmittelbares Eingreifen der nordamerikanischen Regierung in den cubanischen Bürgerkrieg stellt sich nach dem Wortlaut des betreffenden Abschnittes der Botschaft viel weniger drohend dar, der Präsident erklärt nämlich:

Der bedauernde Kampf auf Cuba dauert ohne irgend welche marktliche Aenderung in den relativen Vortheilen der streitenden Parteien fort; die 3 surrettin nimmt ihren Fortgang, aber Spanien hat kein Uebergewicht gewonnen. Sechs Jahre des Kampfes geben der Insurrektion eine Bedeutung, die nicht geleugnet werden kann. Ihre Dauer, die Hartnäckigkeit ihrer Anhänger, und ebenso die Abwesenheit einer manifesten Macht sie zu bewältigen auf Seiten Spaniens, können nicht bestritten werden und dürften einige positive Schritte seitens anderer Mächte zur gebieterischen Nothwendigkeit (a matter of self-necessity) machen. Ich hatte zuvörderst gehofft, um diese Zeit das Arrangement einiger der wichtigsten zwischen dieser Regierung und derjenigen Spaniens schwebenden Fragen anständigen zu können, aber die Verhandlungen sind in die Länge gezogen worden. Die unglücklichen inneren Spaltungen Spaniens fordern unsere tiefe Sympathie heraus und müssen vielleicht als Ursache einiger Aufschübung acceptirt werden. Eine frühzeitige wenigstens theilweise Reorganisation der Fragen zwischen den Regierungen wird erhofft. Auf die Resultate der augenblicklich schwebenden Verhandlungen wartend, verschiebe ich vorläufig eine weitere und ausführlichere Mittheilung über die Beziehungen dieses Landes zu Spanien.

### Parlamentarische Nachrichten.

**DRC.** Die 7. Abtheilung des Reichstages hat beim Plenum den Antrag gestellt, die Wahl des Abg. v. Barczewski (5. marienweerder Wahlkreis - Schweiß), gegen welchen mehrere Proteste vorliegen, für gültig zu erklären.

### lokales und Provinzielles.

**Posen, 21. Dezember.** [Bezirks-Veränderung.] Infolge Bestimmung des Herrn Finanzministers wird vom 1. Januar 1875 ab das Haupt-Steueramt in Wobslau in der Provinz Schlesien aufgehoben und dort ein Unter-Steueramt errichtet. Da das gedachte Hauptamt mit seinem Bezirke an die diesseitige Provinz grenzt, hat die neue Eintheilung auch für die Bewohner des Großberzogthum Posen Interesse und bringen wir den hierauf bezüglichen Ministerial-Erlaß zum Abdruck.

Von dem Bezirk des bisherigen Haupt-Amtes Wobslau werden von dem gedachten Zeitpunkt ab:

1) dem Haupt-Steueramt in Dels die Hebebezirke der Unter-Steuerämter in Müllitz, Trochenberg und Auras verzinnt zum Bezug des bisher in Müllitz, vom vorgedachten Zeitpunkt ab in Trochenberg stationirten Ober-Kontroleurs, so wie der Hebebezirk des Unter-Steueramtes in Trebnitz unter Ueberweisung des Ädikers an dem Bezirk des in Dels stationirten Ober-Kontroleurs;

2) dem Haupt-Steuer-Amt in Kleinitz die Hebebezirke der Unter-Steuer-Aemter in Steinau, Wobslau und Köben;

3) dem Haupt-Steuer-Amt in Glogau der Hebebezirk des Unter-Steuer-Amtes in Gernsdorf sowie der Hebebezirk des Unter-Steuer-Amtes zu Gubrau zugelegt.

Dagegen werden gleichzeitig

4) dem Haupt-Steuer-Amt in Breslau die bisher zum Haupt-Steuer-Amt in Dels gehörigen Hebebezirke der Unter-Steuer-Aemter in Dhlau und Wanen, und

5) dem Haupt-Steuer-Amt in Görlitz die bisher zum Haupt-Steuer-Amt in Glogau gehörigen Hebebezirke der Unter-Steuer-Aemter in Sagan und Prießitz überwiehen.

Wie man aus der in Teschen in Oesterr.-Schlesien erscheinenden polnisch-österreichischen Kirchenzeitung (Biaakun) ersieht, ist der H. Prediger der evang. Gemeinde zu Krakau, Wilhelm Angerstein, nach vorheriger Uebertritt zu den separirten Altkatholiken als Hülfsprediger nach Schwarzwald (bei Stronow) berufen worden. Der Ober-Kirchenrath zu Wien hatte die Berufung des Hrn. Angerstein für die Krakauer Stelle nicht bestätigt. A. ist nach anderweitigen Nachrichten noch russischer Unterthan.

In den hiesigen leitenden ultramontanen Kreisen will man mit Bestimmtheit wissen, so schreibt der hiesige Korrespondent der „Dsk.-Ztg.“, daß der in Stronow inhaftirte frühere Erzbischof Graf Ledóchowski unlängst amtlich benachrichtigt worden sei, daß ihm von seiner zweijährigen Gefängnißstrafe wegen der ihm von seinem früheren Gehalt einbehaltenen 6000 Thlr. 4 Monate erlassen seien. Graf Ledóchowski würde demnach von Neujahe ab noch eine Haft von 9 Monaten zu verbüßen haben.

**Bei der Weihnachtsbescherung** für die Waisen des Landwehrvereins hat am Montage nicht, wie mitgetheilt, der Merklische Gesangsverein, sondern der aus etwa 26 Mitgliedern bestehende Gesangsverein, welcher sich aus Mitgliedern des Landwehrvereins gebildet hat und unter Leitung des Hrn. Schützler steht, gesungen.

**Feuer.** Heute früh gegen 2 Uhr brach in der Dietrich'schen Tischlerwerkstätte auf dem Marktstr. Grundstücke an der Schützenstraße, gegenüber der Geleitsch'schen Grundstücke, Feuer aus, wahrscheinlich in Folge der Unvorsichtigkeit von Lehrlingen. Nachdem die Bewohner des Grundstücks sich vergeblich bemüht hatten, den Anfangs leichten Brand zu löschen, wurde gegen 4 Uhr Morgens Feuerlärm gemacht, und waren alsbald die Feuerwache, der Rettungsverein, die Schützmannschaft und viele Wohlthätigkeitsvereine auf der Brandstelle. Die Löscharbeiten wurden vom Polizeidirektor Stauer geleitet. Es gelang, den Brand auf die beiden Werkstätten-Gebäude zu beschränken, und das Wohngebäude zu retten. Das Hochfeuer war bereits 5 Uhr Morgens gelöscht; dagegen schlugen bei den bedeutenden Holzvorräthen, welche dort aufgeschichtet gelegen hatten, die Flammen noch heute Vormittags hervor. Ein Kaffeebrand fand gestern Nachmittags in dem neuen Geleitsch'schen Hause, Ecke des Neuen Marktes und der Thorstraße, statt.

**Diebstähle.** Einem Glasermeister wurde vorgestern Abend aus seiner offenen Markthalle durch einen Arbeiter eine Puppe gestohlen. Auf dem Märklisch-Polener Bahnhof wurde ein Arbeiter aus Jersey wegen Kohlendiebstahls verhaftet. Von einem Schlitzen auf der St. Martinsstraße wurde durch einen Unbekannten ein Käsebranntwein gestohlen. Ein hiesiger Arbeiter nahm ihm dasselbe ab und lieferte es, da ihm der rechtmäßige Besitzer unbekannt war, auf der Polizei ab. Verhaftet wurde eine bereits bestrafte Wittwe,

welche ein Paket Watte im Werthe von 10 Thaler einer Wittwe auf der Dominikanerstraße gestohlen hatte. Verhaftet wurde ein Arbeiter, welcher auf der Krämerstraße eine gestohlene braune Fuchsfelle verlaufen wollte.

### Außerconrsetzung von Münzen.

Der „Staatsanz.“ veröffentlicht eine vom 19. d. M. datirte Bekanntmachung des Reichsfinanzers, betreffend die Außerconrsetzung verchiedener Landes-Silber- und Kupfermünzen. Auf Grund der Art. 8, 13 und 16 des Münzgesetzes vom 9. Juli 1873 hat der Bundesrath die nachstehenden Bestimmungen getroffen:

§ 1. Vom 1. Januar 1875 an gelten nicht ferner als gesetzliches Zahlungsmittel:

1) die auf Grund der Zwölftheilung des 1/2 Thalerstückes ausgeprägten Zwei- und Vierpfennig-Stücke deutschen Gepräges, 2) die Zwei-, Vier- und Achtellerschstücke turkessischen Gepräges, 3) die nach dem leipziger oder torzauer Münzfuß oder Achtelgulden-Fuß ausgeprägten sogenannten Kassen-Eindrittel- und Zweidrittel-Stücke hannoverschen Gepräges, 4) nachstehende Silbermünzen schleswig-holsteinischen (nicht dänischen) Gepräges: 1/2 Speiesthaler oder 60 Schillinge schleswig-holstein. Courant, 1/3 Speiesthaler oder 40 Schillinge schleswig-holstein. Courant, 1/4 Speiesthaler oder 20 Schillinge schleswig-holstein. Courant, 1/5 Speiesthaler oder 12 Schillinge schleswig-holstein. Courant, 1/6 Speiesthaler oder 10 Schillinge schleswig-holstein. Courant, 1/8 Speiesthaler oder 5 Schillinge schleswig-holstein. Courant, 1/10 Speiesthaler oder 4 Schillinge schleswig-holstein. Courant, 1/12 Speiesthaler oder 2 1/2 Schillinge schleswig-holstein. Courant, Zweifelhingstück oder 1 Schilling schleswig-holstein. Courant, 5) nachstehende vor dem Jahr 1840 ausgeprägte Münzen fürstlich oder königlich sächsischen Gepräges: 1/2 Thaler-Stücke, 1/4 Thaler-Stücke (Sechser), Abspenniger, Dreier und Einpfenniger in Silber und Dreier in Kupfer, 6) die in den Jahren 1828-31 ausgeprägten 100-Kreuzerstücke 10 Kreuzerstücke badischen Gepräges. Es ist daher vom 1. Januar 1875 ab, außer den mit der Einlösung beauftragten Kassen, Niemand verpflichtet, diese Münzen in Zahlung zu nehmen.

§ 2. Die im Umlauf befindlichen, im § 1 bezeichneten Münzen werden in den Monaten Januar, Februar und März 1875 von den durch die Landes-Centralbehörden zu bezeichnenden Kassen derjenigen Bundesstaaten, welche diese Münzen geprägt haben beziehungsweise in deren Gebiet dieselben gesetzlichen Zahlungsmittel sind, nach dem in dem § 3 festgesetzten Werthverhältnisse für Rechnung des Deutschen Reichs sowohl in Zahlung angenommen, als auch gegen Reichs-beziehungsweise Landesmünzen, jedoch nur in Beträgen von mindestens 12 Pfennigen preußisch oder 3/4 Kreuzer sächsisch oder 10 Pfennigen Reichsmünze oder in einem Vielfachen dieses Betrages umgewechselt. Nach dem 31. März 1875 werden derartige Münzen auch von diesen Kassen weder in Zahlung noch zur Umwechslung angenommen.

§ 3. Die Einlösung der im § 1 bezeichneten Münzen erfolgt zu dem nachstehend vermerkten Werthverhältnisse: die unter Ziffer 1 erwähnten Zwei- und Vierpfennig-Stücke zu 1/2 Pf. Reichsmünze, die ebendort aufgeführten Vierpfennig-Stücke zu 3/4 Pf. Reichsmünze, die Zweifelheller-Stücke turkessischen Gepräges zu 1/2 Pf. Reichsmünze, die Vierheller-Stücke turkessischen Gepräges zu 3/4 Pf. Reichsmünze, die Achtheller-Stücke turkessischen Gepräges zu 6/8 Pf. Reichsmünze, die sogenannten Kassen-Eindrittel-Stücke zu 1 Mark 15 Pf. Reichsmünze, die sogenannten Kassen-Zweidrittel-Stücke zu 2 Mark 30 Pf. Reichsmünze, die 1/2 Speiesthaler oder 60 Schillinge zu 4 Mark 50 Pf. Reichsmünze, die 1/3 Speiesthaler oder 40 Schillinge zu 3 Mark - Pf. Reichsmünze, die 1/4 Speiesthaler oder 20 Schillinge zu 1 Mark 50 Pf. Reichsmünze, die 1/5 Speiesthaler oder 12 Schillinge zu - Mark 9 Pf. Reichsmünze, die 1/6 Speiesthaler oder 10 Schillinge zu - Mark 7 1/2 Pf. Reichsmünze, die 1/8 Speiesthaler oder 5 Schillinge zu - Mark 3 3/4 Pf. Reichsmünze, die 1/10 Speiesthaler oder 4 Schillinge zu - Mark 3 Pf. Reichsmünze, die 1/12 Speiesthaler oder 2 1/2 Schillinge zu - Mark 1 1/2 Pf. Reichsmünze, die 1/2 Thaler-Stücke sächsischen Gepräges zu - Mark 12 Pf. Reichsmünze, die 1/4 Thaler-Stücke sächsischen Gepräges (Sechser) zu - Mark 6 Pf. Reichsmünze, die Abspenniger sächsischen Gepräges zu - Mark 8 Pf. Reichsmünze, die Dreier in Silber und Kupfer sächsischen Gepräges zu - Mark 3 Pf. Reichsmünze, die Einpfenniger sächsischen Gepräges zu - Mark 1 Pf. Reichsmünze, die Einhundertkreuzer-Stücke badischen Gepräges zu 2 Mark 85 Pf. Reichsmünze, die Bekreuzer-Stücke badischen Gepräges zu - Mark 28 Pf. Reichsmünze.

§ 4. Die Verflüssigung zur Annahme und zum Umlauf (§ 2) findet auf durchsichtige und andere, als durch den gewöhnlichen Umlauf im Gebiete verringerte, ingleichem auf verfälschte Münzstücke keine Anwendung.

### Ver mis ch tes.

\* **Poln. Crone, 22. Dezember.** [Konkurs.] Die Weihnachtsfreude ist bei vielen hiesigen Familien durch den Konkurs des Kaufmanns Michałski ein wenig getrübt worden. Die Unterbilanz soll sich, wie man nur vorläufig feststellen hat, auf circa 100,000 Thlr. belaufen. Fast alle hiesigen Kaufleute, welche mit dem Michałski'schen Schulden, wenn auch nur entfernt, in Geschäftsverbindungen gestanden, haben Verluste und einige werden durch dieses „Falliment“ ganz arg in Mitleidenschaft gezogen. Auch bromberger Kaufleute werden von derselben betroffen und die bromberger Gewerbebank wird ebenfalls einen Verlust von einem hundert Thalern erleiden. Zum Verwalter des Konkurses ist der Kaufmann Malabinski in Bromberg ernannt worden. (Br. 3.)

\* **Breslau, 21. Dezember.** Bei dem heftigen Schneestreiben, durch welches bedeutende Schneehaufen entstanden waren, entsagte am Sonntag Abend der von Neppen kommende Zug, in der Nähe des Dorfes Thiemendorf bei Steinau a. O. Lokomotive und Tender fuhren rechts von der Führung und der dahinterfolgende Packwagen links hinab. Glücklicherweise rief die Verbindungsfeste, so daß die nachfolgenden Personenwagen, die ebenfalls sämtlich entgleist waren, auf dem Damme stehen blieben. Die Passagiere, unter denen sich der aus Berlin zurückkehrende Reichstagspräsident, Oberbürgermeister v. Forckenbeck befand, kamen mit dem bloßen Schrecken, einige mit leichten Kontusionen davon; dagegen erlitt der Passagier Seliger eine erhebliche Verletzung am Kopf, und der Schaffner Köhricht wurde lebensgefährlich verunletzt.

\* **Wortspiel über den Prozeß Arnim.** Ein pester Blatt bringt folgenden Kalauer: Der Staatsanwalt Lessendorf sagte in seinem Plädoyer: „Der Herr Angeklagte befindet sich auf dem Holken-dorff-Bege, wenn er glaubt, daß ich mich durch das Gemunkel der Vertheidigung werde in's Dockhorn jagen lassen.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Polen.

### Angewandte Fremde vom 24. Dezember.

**MYLIUS' HOTEL DE DRESDE.** Die Rittergutsbesitzer von Gromadshinckel a. Gonsow, Schneider a. Myslowitz, Krause und Gattin a. Schrodka, Ventler und Familie a. Golenzin, Oberst von Ohlen-Aderskron, Kommandeur des 5. Kürass.-Reg. a. Gubrau, Amtsrath Sasse a. Ostrowo, Kaufmann Seeger, A. Domänenpächter. Döllan aus Forbach.

**BUCKOW'S HOTEL DE ROME.** Die Rittergutsbesitzer von Leising a. Mar.-Goslin, Knechtel a. Wollstein, v. Moschewski aus Sejoczi, Apotheker Tolz nebst Gemahl. a. Kurnik, Academ. Hejnowski a. Kbnigreich Polen, die Fabrikanten Gärtler a. R. umarkt, Niediger aus Elbing.

**C. SCHARFFENBERG'S HOTEL.** Die Rittergutsbesitzer Bienele a. Wiergierowen, Brix a. Niemcehowo, Rog u. Frau a. Sardinow, Noth a. Spoczyn, Landwirth Schmidt a. Wikarowo, die Gutsbesitzer

Bukrich a. Biskopce, Kny a. Kleszewo, Fabrikbesitzer Krlmet aus Poln.-Rissa, Gutsbesitzer Maszalski a. Goerchen, Inspektor Engel a. Benice, Kaufmann Dienstag a. Dresden.

**STERN'S HOTEL DE EUROPE.** Rittergutsbes. Graf Kwisiecki a. Kobelnik, Domänenpächter Baron v. Schlichting und Familie aus Knielitz, Gutsbesitzer v. Slupski a. Polen, Kaufmann Rothenberg a. Hamburg.

**HOTEL ZUM SCHWARZEN ADLER.** Gutsbesitzer von Baronowski a. Gwiazdowo, Oberamtmann Burgardt a. Wagnau, die Wittib v. Wern. Koraszewski u. Frau a. Wlejo, Kostkowiak aus Ohereda, Drecher a. Gostawice i. P., Guertig a. Malimiec i. P., Kunder a. B. Nowo, die Bürger Wroblecki a. Breschen, Böning a. Breschen, Winiowski a. Snielic, J. Stupski a. Stralowo.

**HOTEL DE BERLIN.** Die Rittergutsbes. Dilschke aus Komczyn, Bokalski aus Pryboda und Kolinski aus Batschkowo. Direktor Lesewer, Resident Bittag und Wittibschkebeamter v. Grabowski aus Tarnowo. Udrach Naab aus Schroda. Kreisgerichtsralh v. Kain-boden aus Berlin. Cand. theol. Nowig aus Kunitz. Administratör Neumann aus Russ. Polen. Ingenieur Forth aus Berlin. Hostelter Stahn aus Gnesen. Brauereibesitzer Habel aus Grätz. Grenzereibesitzer Pfeifer aus Dom. Bbbin. Kaufm. Hamburger aus Berlin. Frau Rechtsanwält. Jauernick aus Garmkau. Wittibschkebeamter Stegemann aus Verdenbüllge. Tischlermeister. Kurowski aus Kurnik. Inspektor Steine u. Frau aus Sobotta.

**KELLER'S HOTEL.** Die Kaufleute Lachmann aus Inowroclaw, Riss und Frau aus Obornik, Oberförster Häuffer aus Woschin, Gutsbesitzer v. Samara und Frau aus Garmkau.

\* **F. S. Walchner, prakt. Arzt.** Die Nahrungsmittel des Menschen, ihre Beschaffenheit und Verunreinigungen - Berlin 1875 - 3. Sprinzer.

Der Titel des hiermit angezeigten Werkes (324 Seiten kl. Oct.) ist zwar etwas zu weit, da der erste Theil desselben, die Lehre von den Nahrungsmitteln, nur in so weit berücksichtigt worden ist, daß damit ihre Fälschungen und Verunreinigungen eingeleitet werden konnten. Unter dieser Einschränkung hat der Verfasser ein höchst brauchbares Werkchen geliefert, das den in der Einleitung angegebenen Zwecken durchaus entspricht. Der behandelte Gegenstand ist namentlich in unsern Tagen von der größten Wichtigkeit und wir wissen den verständigen Bürger und Landmann, den Physikat- und Polizeibeamten in kleineren und mittleren Städten, sowie den Vorständen und Mitgliedern der Bildungsvereine aller Orten kein besseres Hilfsmittel für dieselben anzugeben. Was vielfach in Journalen, in gelehrten Zeitschriften und Familienblättern zerstreut vorliegt, ist in dieser Schrift sorgfältig gesammelt, es sind die Arbeiten der vorzüglichsten Autoren benützt und die Quellen, die weitere Belehrung erschließen, hinlänglich angegeben. Somit ist es wünschenswerth, daß das Büchlein in sehr viele Hände komme, nicht am wenigsten in die Hände derer, welche sich den Unfaß der Nahrungsmittel-Fälschung zu nahe machen, damit sie ihres Unredes sich im ganzen Umfange bewußt werden, oder aber die Entdeckung zu lernen, sowie in die Hände der Polizeibeamten, auf daß sie auf ein Feld ihrer Thätigkeit sich hingewiesen sehen, das gerade jetzt vorzugsweise ausgebaut werden sollte. In einer mehr wissenschaftlichen Beurtheilung würden wir mannigfaltige Verbesserungen vorschlagen, das ist indeß an diesem Orte nicht nöthig; hier können wir nur anempfehlen. In einer zweiten Auflage werden Anachronismen, wie die ebenig, einer der größten Naturforscher der Gegenwart und andere Unzutruglichkeiten von selbst entfallen, auch kann der Verwendung der verschiedenen Species eines und desselben Naturmittels durch vergleichende Angaben ihrer Qualitäten mehr Rechnung getragen werden.

### Telegraphische Börsenberichte.

**Breslau, 20. Dezbr., Nachmittags.** (Getreidemarkt.) Spiritus pr. 100 Liter 100 pCt. pr. Dezember 18 1/2, pr. April-Mai 56 Mt. 20 Pf. Weizen pr. April-Mai 185 Mt. Roggen pr. Dezember 5 1/2, pr. April-Mai 148 Mt. Rüböl pr. Dezbr. 17 1/2, pr. April-Mai 55 Mt., pr. Juni-Juli 56 Mt. Zink 23 Mt. Wetter: Schnee.

**Bremen, 23. Dezember.** Petroleum (Schlußbericht). Standard white loco 11 Mt. Ruhig.

**Hamburg, 23. Dezember.** Getreidemarkt. Weizen loco still, auf Termine ruh. Roggen loco und auf Termine ruhig. Weizen 126 pfd. pr. Dez. 1000 Kilo netto 189 B., 187 G., pr. Dezember-Januar 1000 Kilo netto 189 B., 187 G., pr. Jan.-Febr. 1000 Kilo netto 130 B., 189 G., April-Mai 1650 Kilo netto 192 B., 191 G. - Roggen pr. Dezember 1000 Kilo netto 164 B., 162 G., pr. Dezember-Januar 1000 Kilo netto 164 B., 162 G., pr. Jan.-Februar 1000 Kilo netto 161 B., 160 G., April-Mai 1000 Kilo netto 154 B., 153 G. Hafer u. Gerste still. Rüböl flau, loco und pr. Dezember 55, pr. Mai pr. 200 Pfd. 56 1/2. Spiritus gefäßlos, pr. Dezbr. 43 1/2, Febr.-März 45, pr. April-Mai 45 1/2, Mai-Juni pr. 100 L. 100 pCt. 46. Kaffee sehr fest, Umlauf 2000 Sack. Petroleum fest, Standard white loco 11, 00 B., 10, 90 G., pr. Dezember 10 90 G., pr. Januar-März 10, 80 G., pr. Aug.-Dezember 12, 20 Wetter: Schön.

**Wien, 23. Dezember, Nachmittags 1 Uhr.** (Getreidemarkt.) Wetter: Schnee. Weizen behauptet, hiesiger loco 7, - fremder loco 6, 2 1/2, pr. März 19 Mt. 50 Pf., pr. Mai 19 Mt. 35 Pf. Roggen matter, hiesiger loco 6, 7 1/2, pr. März 15 Mt. 40 Pf., pr. Mai 15 Mt. 05 Pf. Hafer matt, loco 6, 20, pr. März 18 Mt. 45 Pf., pr. Mai 18 Mt. 25 Pf. Rüböl still, loco 5 1/2, pr. Mai 30 Mt. 80 Pf.

**Amsterdam, 23. Dezbr., Nachm.** Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen loco geschäftlos, pr. März 275, pr. Mai 276. Roggen loco geschäftlos, pr. März 189 1/2, pr. Mai 185. Raps pr. Frühjahr 356, pr. Herbst 367 fl. Rüböl loco 32 1/2, pr. Frühjahr 33 1/2, pr. Herbst 35 1/2. Wetter: Nachtst.

**London, 23. Dezbr. (Anfangsbericht).** Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 15,150, Gerste 13,270, Hafer 55,190 Ortes. Der Markt eröffnete für sämtliche Getreidearten zu letzten Montagspreisen festig. - Wetter: Nordwind.

**Liverpool, 23. Dezember, Nachmittags.** Baumwolle (Schlußbericht): Mathm. Umlauf 12,000 B., davon für Spekulation und Export 2000 Ballen. Uml. Verschiffungen schwächer.

Middl. Orleans 7 1/2, middling amerikan. 7 1/2, fair Dhollerah 5, middl. fair Dhollerah 4 1/2, good middling Dhollerah 4 1/2, middl. Dhollerah 3 1/2, fair Bengal 4 1/2, fair Broach 5 1/2, new fair Domra 5 1/2, good fair Domra 5 1/2, fair Madras 4 1/2, fair Pernam 7 1/2, fair Smyrna 6 1/2, fair Egyptian 8 1/2.

**Glasgow, 23. Dezember.** Roheisen. Mixed numbers warrant 79 Sch. - d.

**Antwerpen, 23. Dezember, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten.** Getreidemarkt geschäftl. (Schlußbericht). Weizen ruhig. - Roggen behauptet, inländischer. - Weizen. - Hafer matt. Riga - Petersburg. - Gerste fest.

**Petrolem-Markt (Schlußbericht).** Raffinirtes, Type weiß, loco 27 1/2 B., pr. Dezember 27 1/2 B., pr. Januar 27 Br., pr. Februar 26 1/2 Br., pr. Januar-März 26 1/2 Br. Fest.

**Paris, 23. Dezember, Nachmittags.** (Produktenmarkt.) Weizen fest, pr. Dezember 26 00, pr. Januar-Febr. 25 75, pr. Januar-April 25 75, März-Juni 26 00. Mehl fest, pr. Dezember 54 50, Jan.-Febr. 54 25, pr. Januar-April 54 50, pr. März-Juni 55 00. Rüböl ruhig, pr. Dez. 74 25, pr. Jan. 74 25, Jan.-April 75 50, pr. Mai-August 77 00. Spiritus ruhig, pr. Dezember 53 75, Mai-August 56 50 - Wetter: -

**Manchester, 22. Dezember, Nachmittags.** 12r Water Armitage 7 1/2, 12r Water Taylor 9 1/2, 20r Water Richards 10 1/2, 30r Water Gidlow 12, 30r Water Clayton 13 1/2, 40r Water Mayall 11 1/2, 40r Water Wilkinson 13 1/2, 60r Watercopps Qualität Rowland 12 1/2, 40r Double Weston 13 1/2, 60r Double Weston 15 1/2, Printers 10 1/2, 11 1/2 8 1/2 pfd. 117. Ruhig, aber fest.



